

WEIL ES UM
**MEHR
GEHT!**

TARIF
BEWEGUNG
2017

ver.di

ver.di-Bundestarifkommission beschließt Forderung für die Tarif- und Besoldungsrunde 2017 mit der TdL

**Weil es um mehr geht – Deutliche Einkommenserhöhungen erforderlich –
Verbesserungen der Entgeltordnung notwendig – Anschluss halten!**

Die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat in ihrer Sitzung am 14. Dezember 2016 eine Forderung im Volumen von 6 Prozent für Tabellenerhöhungen und strukturelle Verbesserungen der Eingruppierung unter Berücksichtigung einer sozialen Komponente für die Tarif- und Besoldungsrunde 2017 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beschlossen.



Die Bundestarifkommission beschließt am 14. Dezember 2016 in Berlin die Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2017.

Foto: Dirk Lässig

**Weil es um mehr geht!
Wir leisten gute Arbeit
und gute Arbeit muss
ordentlich bezahlt
werden!**



Die Forderungen im Einzelnen

1. Erhöhung der Tabellenentgelte im Gesamtvolumen von 6 Prozent unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages und der Einführung der Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 sowie der Übernahme weiterer struktureller Verbesserungen bei der Eingruppierung bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

2. Erhöhung der Ausbildungsentgelte und der Entgelte der Praktikantinnen/Praktikanten um 90 Euro monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

3. Angleichung der Bezahlung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder sowie der Erzieherinnen und Erzieher der an den TV-L gebundenen Studentenwerke an die der Kommunen sowie Übernahme der Pflege-Tabelle des TVöD.

4. Verbindliche Übernahmeregelung für Auszubildende, Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Arbeitstage sowie Zahlung eines Lernmittelzuschusses in Höhe von 50 Euro je Ausbildungsjahr und Übernahme der Übernachtungs- und Verpflegungskosten wie im TVAöD. Die schulischen Ausbildungsgänge des öffentlichen

Dienstes z.B. in den Gesundheitsberufen sollen in den Geltungsbereich der Tarifverträge für die Auszubildenden einbezogen werden.

5. Ausschluss sachgrundloser Befristungen.

6. Anhebung der Vollzugszulage und der Feuerwehrzulage auf die Höhe der jeweiligen beamtenrechtlichen Zulage und Zusatzversorgungspflichtigkeit der Zulagen.

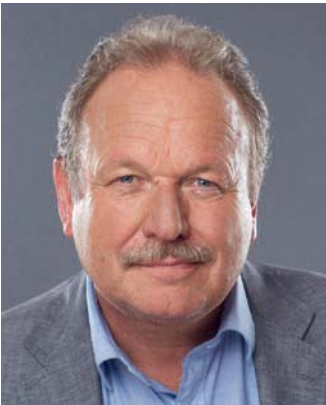
7. Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder und der Kommunen.

WEIL ES UM
**MEHR
GEHT!**

f facebook.com/verdi

#troed

www.verdi.de
www.mitgliedernetz.verdi.de



Frank Bsirske
ver.di-Vorsitzender

„Die Forderung des Gesamtvolumens von 6 Prozent, in dem sowohl strukturelle Einkommensverbesserungen als auch eine soziale Komponente drinsteckt, ist einleuchtend. Damit wird einerseits dem Bedarf nach Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Rechnung getragen und andererseits die Einkommensschere nicht weiter geöffnet.“

Forderungen sind mehr als berechtigt!

Der seit Jahren stattfindende Personalabbau, die damit einhergehende Arbeitsverdichtung und somit die Belastung der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen machen die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht gerade attraktiv. Ein Gegensteuern ist notwendig. Einstellungen sind dringend erforderlich, zum Beispiel im Sozial- und Erziehungsdienst, in den Pflegebereichen und bei der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Dem Nachwuchskräftemangel, den es auch im öffentlichen Dienst gibt, muss entschieden entgegengetreten werden. Qualifiziertes Personal ist nicht zu gewinnen, wenn den Kolleginnen und Kollegen nur befristete Arbeitsverträge angeboten werden. Das erzeugt keine Nachhaltigkeit bei der Beschäftigung und schon gar keine Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei den betroffenen Beschäftigten. Es braucht eine Offensive des öffentlichen Dienstes, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Dazu gehören gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, Anerkennung und Würdigung der Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Mehr Geld muss in die Geldbeutel der Beschäftigten!

Das war eindeutiger Tenor der Diskussion bei der Bundes-

tarifkommission. Die Beschäftigten der Länder müssen Anschluss halten an die Lohnentwicklung. Darüber hinaus sind deutliche strukturelle Verbesserungen der Eingruppierung zwingend notwendig.

Forderungen sind gut begründet! Geld ist genug da!

Die Steuereinnahmen für den Gesamtstaat wie auch für die Länder steigen bis 2020 deutlich stärker als das erwartete Wirtschaftswachstum. Für 2017 wird bei den Ländern ein Steuerplus von 2,6 Prozent, für 2018 von 3,8 Prozent erwartet. Gegenüber der Steuerschätzung von 2015 stehen den Ländern laut der Steuerschätzung vom November 2016 für 2017 3,5 Mrd. Euro und für 2018 4,4 Mrd. Euro mehr zur Verfügung.

Weil es um mehr geht!

Gute öffentliche Dienstleistungen sind für Alle von großem Wert. Diese Dienstleistungen erbringen motivierte Beschäftigte – aber nicht zum Nulltarif! Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben im Verhältnis zur Tarifentwicklung der Privatwirtschaft immer noch einen Nachholbedarf. Die Einkommensentwicklung ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich langsamer verlaufen als in vielen anderen Branchen.



Wolfgang Pieper
Mitglied ver.di-Bundesvorstand

„Besondere Schwerpunkte legen wir mit dem Forderungsbeschluss bei den Auszubildenden sowie bei den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und in der Pflege. Hier gilt es, die guten Abschlüsse mit den Kommunen auch für die Beschäftigten bei den Ländern zu erreichen. Wir haben mit den kommunalen Arbeitgebern Maßstäbe gesetzt, die für diese Bereiche eindeutig bestimmend sind.“

Verhandlungstermine:

Die erste Verhandlungsrunde ist am 18. Januar 2017.

Zwei weitere Termine sind für den 30./31. Januar 2017 und den 16./17. Februar 2017 vereinbart.

WEIL ES UM
**MEHR
GEHT!**



www.mitgliedwerden.verdi.de

www.mitgliedwerden.verdi.de